

Beschluss Geschlechtsspezifisches Töten sichtbar machen: Femizid als Mordmerkmal in § 211 StGB verankern

Gremium: Bundesfrauenrat
Beschlussdatum: 18.04.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass das Strafgesetzbuch um ein
2 neues Mordmerkmal ergänzt wird, das geschlechtsspezifische Beweggründe
3 ausdrücklich benennt.
- 4 § 211 Absatz 2 StGB soll künftig auch Taten erfassen, die aus aus
5 geschlechtsspezifischen Beweggründen, namentlich aus frauenfeindlicher,
6 transfeindlicher oder patriarchaler Motivation, begangen werden.
- 7 Zwar können Tötungen aus Misogynie, Besitzdenken oder patriarchaler Motivation
8 bereits heute als Mord aus niedrigen Beweggründen eingeordnet werden. In der
9 Praxis werden solche Motive jedoch häufig verkannt oder unzureichend gewürdigt.
10 Ein ausdrückliches Mordmerkmal würde diese strukturellen Zusammenhänge
11 verdeutlichen und die Anwendungspraxis stärken.
- 12 Damit werden Femizide, also die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts
13 oder im Zusammenhang mit patriarchalen Machtstrukturen, sowie andere
14 geschlechtsspezifisch motivierte Tötungen, etwa an trans, inter oder nicht-
15 binären Personen, ausdrücklich vom Straftatbestand des § 211 StGB erfasst.
- 16 In den Gesetzesmaterialien ist klarzustellen, dass darunter insbesondere Taten
17 fallen, die aus Besitzanspruch, Kontrolle, Misogynie, patriarchalem Machtdenken
18 oder transfeindlicher Motivation begangen werden, oder solche, die im
19 Zusammenhang mit einer Trennung, Zurückweisung oder der Bestrafung weiblicher
20 oder geschlechtlicher Selbstbestimmung stehen.
- 21 Darüber hinaus setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, dass
22 geschlechtsspezifische Tötungen künftig auf Grundlage einer einheitlichen
23 gesetzlichen Definition des Begriffs „Femizid“ statistisch gesondert erfasst
24 werden, um die strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt sichtbar zu
25 machen.
- 26 Dafür ist die Schaffung einer einheitlichen gesetzlichen Definition des Begriffs
27 „Femizid“ notwendig. Diese Definition soll die Grundlage für eine systematische
28 statistische Erfassung, eine angemessene strafrechtliche Einordnung sowie
29 wirksame Präventions- und Schutzmaßnahmen bilden.
- 30 Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte sollen verpflichtend zu patriarchaler
31 Gewalt, geschlechtsspezifischen Motiven, Misogynie und Transfeindlichkeit
32 fortgebildet werden. Die Thematik soll zudem verpflichtend im
33 rechtswissenschaftlichen Studium behandelt werden.
- 34 Solange Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht ausreichend geschult
35 sind, geschlechtsspezifische Gewalt zu erkennen und zu bewerten, bleibt jede

- 36 Gesetzesänderung wirkungslos. Nur eine konsequente Umsetzung in der
- 37 Rechtsanwendung gewährleistet den tatsächlichen Schutz Betroffener.